

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Erkenntnisgrundlage der Ultrafeinstaub-Forschungen ausweiten: Messungen auch auf dem Gelände des Flughafens München durchführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in ihrer Rolle als Mehrheitsgesellschafterin der Flughafen München GmbH dafür einzusetzen, dass die staatlichen Messungen von Ultrafeinstaub auch unmittelbar auf dem Flughafengelände durchgeführt werden.

Begründung:

Seit Februar 2021 sind zwei Messstandorte im Auftrag des Bayerischen Umweltministeriums zur Untersuchung der Anzahl und Verbreitung ultrafeiner Partikel im Umfeld des Münchner Flughafens eingerichtet. Die stationären Messungen werden auf dem Gelände der Stadtgärtnerei in Freising-Lerchenfeld sowie auf dem Volksfestplatz in Hallbergmoos durchgeführt. Die Universität Bayreuth leitet die Messungen und Analysen und unterstützt zudem gemeinsam mit dem Helmholtz Zentrum die mobilen Messungen des Bürgervereins Freising zur Vermeidung von Lärm und Schadstoffbelastungen e.V.

Flughäfen sind Hotspots für den Ausstoß von Ultrafeinstaub. Diese Erkenntnis ist inzwischen wissenschaftlich gesichert. Die Messstandorte der stationären und mobilen Messungen wurden deshalb so gewählt, dass die Werte möglichst nah am Flughafen München erfasst werden können. Die Flughafengesellschaft FMG weigert sich allerdings weiterhin, auch Messungen direkt auf dem Flughafengelände durchführen zu lassen. Im Gegensatz dazu haben beispielsweise die Flughäfen Frankfurt und Berlin-Brandenburg mehrere Messstandorte auf ihrem Gelände eingerichtet, um die Erkenntnisgrundlage der Forschungen zu erweitern. Die Bereitschaft, mit der Wissenschaft zu kooperieren, ist dort sehr hoch. Das betonte u.a. das Helmholtz Zentrum, welches sich laut Berichterstattung der SZ verwundert über den Widerstand der FMG zeigte.

Die FMG muss ihre Blockadehaltung gegenüber UFP - Messungen unmittelbar auf dem Flughafengelände aufgeben und mit Blick auf die Schaffung einer breiteren Datengrundlage für die inzwischen von der Staatsregierung initiierte Forschung endlich kooperieren.